

## **Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft**

### **Jugend im Parlament 2008**

In der Zeit vom 31. Oktober bis 4. November 2008 fand zum fünften Mal die Veranstaltung „Jugend im Parlament“ (JiP) in der Bremischen Bürgerschaft statt. Mit diesem regelmäßig durchgeführten Projekt wird die Altersgruppe der 15- bis 21-Jährigen angesprochen. Sie ist eine weitreichende und nachhaltige Veranstaltung zur politischen Bildung. Insofern kommt „Jugend im Parlament“ eine wichtige Bedeutung im Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen (siehe Mitteilung des Senats vom 6. Januar 2009, Drucksache 17/661) zu.

Die 83 Jugendlichen aus 28 Schulen aus Bremen und Bremerhaven wählten ein Präsidium und gaben sich eine Geschäftsordnung. Es wurden vier Ausschüsse gebildet:

1. Bildung,
2. Integration/Migration/Soziales,
3. Inneres sowie
4. Wirtschaft.

Dort erarbeiteten die Jugendlichen 18 Resolutionen. Diese wurden zum Abschluss im Plenum debattiert und beschlossen. Dafür ersuchten die Jugendlichen zuvor Rat von einem Pool aus 30 sich bereithaltenden externen Fachleuten. Die Resolutionen mussten folgende Struktur aufweisen: Problem (Beschreibe den Sachverhalt), Resolution (Schildere die Lösung) und Finanzierung (Woher kommt das Geld?). Die vom Plenum von „Jugend im Parlament“ verabschiedeten Resolutionen werden diesem Bericht als Anlage beigefügt (Anlage 1).

Der Präsident der Bürgerschaft leitete die Resolutionen dem Senat mit der Bitte um Stellungnahme zu. Die Stellungnahmen der Fachdeputationen liegen mit der Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2009 (Drucksache 17/784) vor.

Mit der Resolution 14 „Unterstützung des Projektes ‚Stopp der Jugendgewalt‘“ des JiP-Ausschusses Inneres/Unterausschuss Extremismus hat sich der zuständige Rechtsausschuss befasst. Auf der Grundlage eines Berichtes des Senators für Justiz und Verfassung hat der Rechtsausschuss Stellung genommen. Der Bericht des Rechtsausschusses vom 17. März 2009 wurde der federführenden staatlichen Deputation für Inneres zugeleitet und wurde mit der Drucksache 17/784 (Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2009) veröffentlicht.

Eine vom „Jugend im Parlament“ eingebrachte Resolution richtete sich an den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft. Als Beratungsergebnis beschloss dieser in seiner Sitzung am 7. Januar 2009 die Veranstaltung um einen Tag auf vier Tage zu verlängern, sofern die Schulen sich einverstanden erklären und der bisher jährliche Rhythmus auf mindestens eineinhalb Jahre verlängert wird. Die nächste Veranstaltung „Jugend im Parlament“ wird somit im Frühsommer 2010 stattfinden.

Christian Weber  
(Präsident)

Anlagen

### **Ausschuss: Bildung**

#### **Resolution 1 „Politikunterricht“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Immer mehr Politiker/-innen beklagen sich, dass es kaum politischen Nachwuchs gibt. Die Ursache dieses Problems liegt in einem unzureichenden politischen Grundwissen der Jugendlichen. Dadurch entsteht (bei ihnen) frühzeitiges Desinteresse und die Annahme, dass Politik unwichtig ist.

Resolution (Schildere die Lösung):

Durch die Einrichtung (. . .) des verpflichtenden Faches Politik (innerhalb eines nachhaltigen Unterrichtsvolumens) in dem Unterrichtsplan der Schulen im Land Bremen ab der 7. Klasse soll das Interesse und die Kenntnis von Jugendlichen über die Politik und das demokratische System in Deutschland gefördert werden. Eine Unterrichtseinheit der Gemeinschaftskunde an den Schulen im Land Bremen fällt dadurch weg. Die betroffenen Fachlehrer/-innen werden angemessen und zielgerecht geschult, damit sie Kompetenzen zur Vermittlung von politischen Inhalten innerhalb des definierten Unterrichtsrahmens und der klassentechnischen Abstufung besitzen und diese anschaulich (vermitteln) können.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Statt den Fortbildungen für Gemeinschaftskunde sollen Fortbildungen für Politik stattfinden. Dadurch entstehen keine Extrakosten.

### **Ausschuss: Bildung**

#### **Resolution 2 „Einheitliche Schulplanung“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Die ständigen Änderungen und die schlechte Organisation bezüglich der generellen Schulplanung führen dazu, dass Schüler/-innen und Lehrer/-innen unzureichend informiert sind. Infolgedessen verschwindet die Einheitlichkeit, die beabsichtigt war.

Resolution (Schildere die Lösung):

Durch eine verbesserte Organisation und Absprache zwischen den Schulen (im Land Bremen) soll ein einheitliche Schulplanung geschaffen werden. Damit dies auf Dauer möglich ist, müssen feste Regeln beschlossen werden.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Es werden keine finanziellen Mittel benötigt – die Änderung ist planerischer Natur.

### **Ausschuss: Bildung**

#### **Resolution 3 „Sechsjährige Grundschule“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Zurzeit erfolgt die Trennung der Schüler/-innen auf die verschiedenen Schulformen Sekundarschule und Gymnasium (2-Säulen-Modell) zu früh. Weder Eltern noch Lehrer können nach der 4. Klasse objektiv entscheiden, welche Schulform die betreffenden Schüler/-innen weiter besuchen sollen.

Resolution (Schildere die Lösung):

Eine sechsjährige Grundschule erlaubt den Schülern/-innen eine längere Orientierungszeit und gibt den Lehrern/-innen mehr Zeit, die Schwächen und Stärken der Schüler/-innen kennenzulernen. Somit können Lehrer/-innen eine zutreffendere

Empfehlung aussprechen. Außerdem geben sechs Jahre Grundschule den Schülern/-innen die Möglichkeit, soziale Kompetenzen zu erlernen, die sie in der späteren Schullaufbahn benötigen.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Es werden keine weiteren finanziellen Mittel benötigt – die Änderung ist planerischer Natur.

#### **Ausschuss: Bildung**

##### **Resolution 4 „Sprachliche Chancengleichheit“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Die soziale Herkunft entscheidet über die Bildung. In den Grundschulen werden Schüler/-innen in Schubladen gesteckt. Dadurch entstehen Nachteile für Kinder mit Migrationshintergrund. Chancengleichheit ist nicht mehr gewährleistet.

Resolution (Schildere die Lösung):

Alle drei der üblichen drei Kindergartenjahre sollten kostenlos angeboten werden. Ein Recht auf einen Kindergartenplatz muss gesetzlich verankert werden – und bestehen. Die Möglichkeit der Erziehung des Kindes in der Familie (außerhalb des Kindergartens darf weiterhin bestehen, da dies die individuelle und freiheitliche Entscheidung der Eltern und eventuell des Kindes darstellen kann, welche respektiert werden muss. Um dennoch eine sprachtechnische Chancengleichheit für Kinder mit Migrationshintergrund beim (Eintritt) in die Grundschule im Vergleich zu deutschsprachigen Familien zu gewährleisten, bedarf es gezielter Sprachtests. Diese sollen den sprachlichen Leistungsstand aufzeigen und (anschließend soll) den Kindern beim Erlernen der deutschen Sprache geholfen werden. Wenn ermittelt wird, dass der Leistungsstand innerhalb der deutschen Sprache unzureichend ist, soll das Kind an (Sprach-)Schulungen teilnehmen müssen. Um die genannten Punkte auch tiefgreifend und flächendeckend einheitlich anbieten zu können, ist es hilfreich, dass staatliche Kindergärten eingerichtet werden, vermehrt in bekannt sozial benachteiligten Regionen (im Land Bremen).

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Zivildienstleistende könnten den hauptamtlich Tätigen, pädagogisch ausgebildeten Kindergärtnerinnen unterstützend zur Seite gestellt werden.

#### **Ausschuss: Bildung**

##### **Resolution 5 „Job- und Ausbildungsmesse“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Schüler/-innen sind nicht ausreichend über Ausbildungsplätze informiert. Des Weiteren herrscht eine mangelnde Kommunikation zwischen Schulen und Betrieben.

Resolution (Schildere die Lösung):

Die Lösung ist eine einwöchige, verpflichtende und ausgebaute Jobmesse, die über Studiengänge und Ausbildungsplätze informiert.

Verpflichtend ist der Besuch an einem Tag der einwöchigen Jobmesse in der 9. und 12. Klasse (kurz vor dem Abschluss). Der freiwillige Besuch steht allen Klassen und Klassenstufen frei (nach Abwägung von Interesse und Bedarf).

Zusätzlich soll ein Internetportal geschaffen werden, welches durchgehend die Betriebe, Universitäten und Fachhochschulen aus dem Land Bremen vorstellt und Informationen liefert.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Durch Sponsoring der Betriebe, Fachhochschulen und Universitäten werden die Kosten gedeckt.

### **Ausschuss: Bildung**

#### **Resolution 6 „Schulschließung“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Durch die Schließung von Schulen entstehen längere Schulwege und somit höhere Fahrtkosten für die betroffenen Schüler/-innen.

Fallen Schulen weg, kommt es an anderen Schulstandorten zu überfüllten Klassen. Unter diesen Umständen kann kein angemessener Unterricht stattfinden.

Resolution (Schildere die Lösung):

Im Falle einer Schulschließung aus gebäudetechnischen Gründen soll gewährleistet werden, dass bei Bedarf eine neue Schule im gleichen Stadtteil eröffnet wird, um das soziale Umfeld aufrechtzuerhalten.

Außerdem vermeidet das Land Bremen damit, für die Schüler/-innen unnötige Belastungen, die durch lange Schulwege, höhere Fahrtkosten und überfüllte Klassen entstehen würden.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Die Finanzierung ist kostenneutral, da die Renovierungskosten oftmals höher ausfallen, als die aufkommenden Kosten für einen Neubau.

### **Ausschuss: Wirtschaft**

#### **Resolution 7 „Energieersparnis in öffentlichen Gebäuden“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

„Jugend im Parlament“ stellt fest, dass die Unterhaltskosten für öffentliche Gebäude im Land Bremen zu hoch sind. Ungenutztes Einsparpotenzial macht es möglich, Finanzen für andere Bereiche zu erschließen. Derzeit bestehende Projekte, wie zum Beispiel das Projekt 3/4plus<sup>1)</sup>, haben einen zu geringen Bekanntheitsgrad bei den Betroffenen um Sponsoren zu gewinnen, die das Programm zusätzlich fördern und unterstützen könnten. Derartige Projekte werden nicht auf alle öffentlichen Gebäude übertragen.

Resolution (Schildere die Lösung):

„Jugend im Parlament“ fordert, dass derartige Projekte stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Dies könnte durch jährliche Präsentation der Fortschritte aller Teilnehmer/-innen erreicht werden. Vergleichbare Projekte, wie zum Beispiel EcoPol (Polizei) und EcoKita<sup>2)</sup> (Kindertagesstätten), sollen ausgebaut und auf andere öffentliche Gebäude angewandt werden. Angestellten des Landes Bremen sollen individuelle Anreize zur Energieeinsparung gegeben werden. Wir fordern nachhaltige (. . .) Kosteneinsparungen (mit) Energiesparlösungen, wie zum Beispiel durch die Isolierung der Gebäude. Hierbei ist die Senkung der Unterhaltskosten das langfristige Ziel.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Durch jährliche Präsentationen der Ergebnisse werden Sponsoren auf die Projekte aufmerksam. Da diese die Programme fördern, entsteht nur ein geringer finanzieller Aufwand für das Land Bremen, welches lediglich für die Rahmenbedingungen verantwortlich ist.

<sup>1)</sup> Das Energiesparprojekt 3/4plus – clevere Energie- und Wassernutzung – hilft Schulen, Energie und Wasser einzusparen. Erfolge werden prämiert.

<sup>2)</sup> Wie das 3/4plus-Projekt, sind EcoPol und EcoKita Programme zur Senkung des Energieverbrauchs. Weitere Eco-Programme sind auf verschiedene andere öffentliche Einrichtungen anwendbar.

## **Ausschuss: Wirtschaft**

### **Resolution 8 „Schülereinzeltickets der BSAG/des VGB“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Die Tatsache, dass Einzeltickets für Schüler/-innen derzeit nicht in den Bussen und Bahnen der BSAG/des VGB direkt im Fahrzeug mit Bargeld zu erhalten sind, stößt bereits länger auf großen Unmut bei allen Jugendlichen über 14 Jahren. „Jugend im Parlament“ ist der Meinung, dass es nicht gerechtfertigt ist, von Schülern/-innen, welche meist spontan auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind, in den Bussen bzw. Bahnen der BSAG/des VGB und der VBB den Fahrpreise von 2,15 € bzw. 2 € für ein Erwachsenenticket zu fordern. Es besteht die Möglichkeit, 10er Schülertickets an Vorverkaufsstellen zu erwerben. Die BSAG kann diese Schülertickets nur zu einem ermäßigten Beförderungsentgelt bereitstellen, da diese bezuschusst werden. Die BSAG erhält jedoch keine Zuschüsse für einzeln an Schüler/-innen verkaufte Fahrscheine. Einzige Ausnahme: Beim BOB-System werden einzelne Schülertickets bezuschusst und können somit am Ende der Abrechnungsperiode auch vor Erwerb des zehnten Fahrscheins als Schülerticket verbucht werden. Das BOB-System stellt für den Großteil der Schülerschaft keine akzeptable Lösung dar, insbesondere weil die Gefahr besteht, dass Schüler/-innen nicht den vollen Überblick über alle anfallenden Kosten bewahren können.

Resolution (Schildere die Lösung):

„Jugend im Parlament“ fordert von der Bremischen Bürgerschaft, Einzelfahrausweise für Schüler/-innen mit Ausgleichszahlungen an die BSAG zu bezuschussen. Dies würde dazu führen, dass in allen Fahrzeugen der BSAG Einzelfahrscheine für jede Preisstufe mit Bargeld zu erwerben sind. „Jugend im Parlament“ wendet sich mit der Bitte sowohl an die BSAG als auch an die Bürgerschaft und die Stadtverordnetenversammlung, unsere Interessen, z. B. beim VBN und VDV, zu vertreten.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Ein Ausbau der Finanzierung ist nicht nötig, da die finanziellen Mittel zur Bezuschussung der Schülereinzeltickets bereits bereitgestellt sind und lediglich die Förderrichtlinien geändert werden müssen. Zudem ist eine geringere Bezuschussung in diesem Bereich zu erwarten, da wir einen höheren Fahrpreis als im Vorverkauf für Tickets im Bus und Bahn akzeptieren würden.

## **Ausschuss: Wirtschaft**

### **Resolution 9 „Cherbourger Straße in Bremerhaven“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

„Jugend im Parlament“ hält die momentan favorisierte Variante des halboffenen Trogs als Ausbaulösung der Cherbourger Straße in Bremerhaven für unangemessen. Die Kosten von 99 Mio. € überschreiten die der von uns favorisierten Variante der Nordumgehung.<sup>3)</sup> Außerdem findet „Jugend im Parlament“, dass jeder direkte Ausbau durch die angepeilte Vollsperrung von 17,5 bis 30 Monaten für die Untertunnelung, nicht tragbar für die Innenstadt Bremerhavens ist, durch die der Verkehr über den Autobahnzubringer Mitte geführt werden soll.

Resolution (Schildere die Lösung):

„Jugend im Parlament“ fordert, dass noch einmal nachhaltig geprüft wird, ob eine Nordvariante, die auch von vielen Anwohnern/-innen bevorzugt wird, nicht eine qualitativ bessere Lösung wäre, als die von den Regierungsparteien angestrebte Lösung des halboffenen Trogs. Nicht nur die Kostenvorteile sind überzeugend, da die Nordumgehung nur 87 Mio. € kosten würde und unterhalb der vom Bund zugesagten Mittel liegt. Außerdem würde die Nordumgehung während der Bauzeit für Bremerhaven

<sup>3)</sup> Neue planfreie Verbindung zwischen BAB A 27 und Zolltor Weddewarden.

verkehrsunproblematisch sein. Diese Variante bildet zudem noch weitere Ausbaumöglichkeiten. Dies ist uns besonders wichtig. Zu Beginn der Planung wurde davon ausgegangen, dass die Kapazitätsgrenze des Containerterminals von sechs Millionen Standardcontainern (TEU) erst 2025 erreicht werden würde. Nach der Entwicklung der letzten Jahre ist damit schon 2010 zu rechnen.<sup>4)</sup>

Daraus schließen wir, dass eine Steigerung in den nächsten 30 Jahren sehr wahrscheinlich ist, da der Warenverkehr weiter ansteigen wird und der damit verbundene Ausbau des Hafens Bremerhaven wahrscheinlich sein wird. Das geltende Gegenargument, dass der Verkehr die Ausgleichsstrecke nicht nutzen wird aufgrund des Umweges von knapp zehn Kilometern, ist nicht nachvollziehbar. Da die Zeiteinsparungen über die Ausgleichsstrecke (deshalb) enorm sein werden, da hier nicht mit Stau zu rechnen (ist). Die erforderlichen Verkehrsumlenkungsmaßnahmen übersteigen nicht die üblichen Ausmaße, welche bei einer normalen Verkehrsumgehung von Städten nötig sind.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Die Finanzierung wird bei der von uns favorisierten Variante hauptsächlich vom Bund getragen. Zudem können bei dieser Variante die Folgekosten mit dem Land Niedersachsen geteilt werden.

#### **Ausschuss: Wirtschaft**

##### **Resolution 10 „Verlängerung von „Jugend im Parlament““**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

„Jugend im Parlament“ bietet eine gute Gelegenheit für Jugendliche, die Arbeit der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft kennenzulernen. Die Zeit für (unsere) Arbeit im Parlament ist allerdings höchst begrenzt.

In Hamburg tagt die „Jugend im Parlament“ beispielsweise fünf Tage lang. Dies bietet mehr Möglichkeiten, Ideen, Gedanken und Eindrücke zu diskutieren und in Resolutionen festzuhalten. Die im Moment verfügbare Zeit reicht hingegen kaum, um Hintergrundinformationen zu sammeln, Sachverhalte zu durchdringen und zum Beispiel Ortsbegehungen durchzuführen.

Resolution (Schildere die Lösung):

„Jugend im Parlament“ fordert die Verlängerung der Tagungszeit, von derzeit drei, auf vier Tage. Optimalerweise wäre dies von Mittwoch bis Montag der folgenden Woche. Durch diese Lösung bleibt (. . .) den Jugendlichen im Parlament am Wochenende Zeit, sich eingehend mit den Problemstellungen zu beschäftigen und so fundierte Resolutionen zu verfassen.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Dieser zusätzliche Tag sollte wie bisher finanziert werden. Gegebenenfalls sollten weitere Sponsoren angeworben werden.

#### **Ausschuss: Inneres**

Einleitung:

Der Ausschuss „Inneres“ von „Jugend im Parlament 2008“ befasste sich mit den Themenschwerpunkten Jugendkriminalität und Extremismus. Mit Sorge sieht der Ausschuss das Abrutschen Jugendlicher in den Extremismus und/oder in die Kriminalität.

Im Bundesland Bremen hat sich die Jugendkriminalität in den letzten Dekaden gewandelt. Heute begehen wenige jugendliche Intensivtäter (ab zehn Straftaten) einen Großteil der Delikte, wie zum Beispiel Raubdelikte (57 %/52 %), Handtaschenraube

<sup>4)</sup> Quelle: Pressemitteilung Stadt Bremerhaven, 21. Juni 2005.

(72 %/46 %), schwere Körperverletzungsdelikte (41 %/46 %). (Quelle: Staatsanwaltschaft Bremen; Werte in Klammern: Anteil der Straftaten, die von Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven begangen wurden.)

Früher war die Anzahl der von Jugendlichen begangenen Straftaten etwa gleich hoch, jedoch waren die Taten nicht so gewalttätig.

Die Ursachen der Kriminalität sind vor allem auf die sozialen Umstände der Täter zurückzuführen. Daher verwundert es nicht, dass ein Großteil der inhaftierten Jugendlichen in der JVA Oslebshausen einen Migrationshintergrund haben und/oder aus sozial schwachen Familien stammen.

Der Ausschuss fordert daher vor allem präventive Maßnahmen, die im Folgenden erläutert werden.

#### **Ausschuss: Inneres**

##### **Resolution 11 „Unterstützung von Projekten gegen Extremismus“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Die Problematik des sich ausbreitenden Extremismus tritt in vielerlei Hinsicht hervor. Einerseits werden extremistische Bemerkungen/Handlungen durch Medien, Vereine und Familien verharmlost. Andererseits kommt es hier im Lande Bremen zu parteilosen, extremistischen und gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen oft Unschuldige zu Opfern werden.

Resolution (Schildere die Lösung):

Bremen sollte das Programm „Vielfalt Bremen“ weiterhin fördern, auch wenn die Unterstützung des Bundes Ende 2009 ausläuft.

Durch diesen Verein wurden Projekte, wie zum Beispiel das „Rosenak Haus“ und „Kleine Brüder“, ermöglicht. Diese helfen einerseits Betroffenen bei der Verarbeitung von traumatischen Erlebnissen und verhindern andererseits, dass bereits durch ihre Umgebung geprägte (. . .) Kinder (. . .) unweigerlich auf die schiefe Bahn geraten. Bei erfolgreicher Umsetzung solcher Projekte wäre einerseits eine deutliche Steigerung der Sicherheit in der Stadt Bremen zu verzeichnen und andererseits würde die Belastung der Bremer Polizei deutlich abnehmen.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Um „Vielfalt Bremen“ weiterhin finanziell unterstützen zu können, sollten Gelder der EU eingefordert werden. Dies kann nicht durch die einzelnen Schulen oder Familien geschehen, sondern muss durch das Land Bremen erfolgen.

#### **Ausschuss: Inneres**

##### **Resolution 12 „Unterstützung von Schulprojekten gegen Extremismus“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Die Problematik des sich ausbreitenden Extremismus tritt in vielerlei Hinsicht hervor. Einerseits werden extremistische Bemerkungen/Handlungen durch Medien, Vereine und Familien verharmlost. Andererseits kommt es hier in Bremen zu parteilosen, extremistischen und gewalttätigen Ausschreitungen, die durch fehlende Aufklärung und nicht vorhandene Prävention verheerende Auswirkungen haben.

Resolution (Schildere die Lösung):

Um die Prävention vor Extremismus in der Jugend zu fördern, gilt es, Programme wie z.B. „Vielfalt Bremen“ zu fördern, welche mit Spendengeldern Projekte und Aktionen zur Aufklärung gegen Extremismus unterstützen.

Ende 2009 soll die Bundesförderung für dieses Programm auslaufen. Bremen sollte sich jedoch weiterhin dafür einsetzen, da solche Förderungen wichtig für die Entwicklung der Jugend sind.

Weitere Einrichtungen, die in dieser Richtung aktiv sind, sind „ProAktiv gegen Rechts“ und „Vaja“, welche alle auf ehrenamtlicher Arbeit basieren.

Auf schulischer Ebene sollten Projekttag und -wochen sowie Elterninformationstage im zweijährigen Rhythmus ab der 5. Klasse bis zur 9. Klasse stattfinden. In diesen sollen Schüler/-innen und Eltern an das Problem „Extremismus“ herangeführt werden, um eine Sensibilisierung gegenüber diesem Thema zu erreichen.

Eine weitere Einrichtung, die aus bremischer Sicht zu erwähnen ist, ist das Jugendbildungshaus, welches einwöchige Programme in seinem Hause anbietet.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Im Fall des Jugendbildungshauses wäre eine finanzielle Beteiligung nötig. Diese muss von den Teilnehmern/-innen selbst kommen.

Die anderen Programme finden jedoch ohne finanziellen Eigenanteil statt.

#### **Ausschusses: Inneres**

##### **Resolution 13 „Verpflichtender Sozialkundeunterricht ab der 1. Klasse“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Die Jugendkriminalität stellt ein ernstzunehmendes Problem dar. Dies muss schon im frühen Kindesalter bekämpft werden, da die Kriminalität laut Studien über Intensivtäter dort ihren Ursprung hat.

Resolution (Schildere die Lösung):

Der Ausschuss „Inneres“ (von „Jugend im Parlament“) fordert, dass in jeder Schule ab der ersten Klasse wöchentlich mindestens eine Stunde Sozialkunde, d. h., Antiaggressions- und Antigewalttraining sowie die Förderung des Rechts- und Demokratiebewusstseins, unterrichtet werden muss. Der Unterricht soll bewirken, dass Kinder und Jugendliche ihre Probleme mittels Kommunikation bewältigen und auf Gewalt verzichten können.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Die Klassenlehrer/-innen könnten den Unterricht mit Hilfe einer Fortbildung im frühen Stadium übernehmen. Abgesehen von der Finanzierung für die Fortbildungen kommen keine weiteren Kosten auf.

#### **Ausschuss: Inneres**

##### **Resolution: 14 „Unterstützung des Projektes „Stopp der Jugendgewalt““**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Um die Jugendkriminalität zu bekämpfen, wurde das Projekt „Stopp der Jugendgewalt“ ins Leben gerufen. Dem Projekt (mangelt es jedoch an) finanziellen Mitteln, um auf lange Zeit erfolgreich zu sein.

Resolution (Schildere die Lösung):

Bisher wurden 350 000 € im Jahr zusätzlich für das Projekt „Stopp der Jugendgewalt“ von der Regierung bewilligt. Der Ausschuss Innere Sicherheit möchte seine Sympathie für dieses Projekt bekunden und fordert aber auch weitere Unterstützung finanzieller und personeller Art für dieses Projekt. Der Ausschuss fordert eine Erweiterung der Dunkelfeldstudie, zu der auch eine Schülerbefragung gehört. Wir unterstützen außerdem täterorientierte Berichte, die über das Umfeld der sogenannten Intensivtäter Informationen beinhalten, welche beim Strafprozess für Effektivität und Schnelligkeit sorgen.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Wie schon erwähnt, wird dieses Projekt bisher mit 350.000 € vom Land Bremen unterstützt. Dieses Geld könnte man durch Einsparungen im Bau (sic!) aufstocken.

#### **Ausschuss: Inneres**

##### **Resolution 15 „Präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Die Jugendkriminalität stellt ein ernstzunehmendes Problem dar, welches nachhaltig und zukunftsorientiert bekämpft werden muss, da die Schwere der Delikte zunimmt und breite Bevölkerungsschichten darin eine starke Bedrohung sehen.

Vor allem soziale Aspekte sind noch zu wenig berücksichtigt und sollten effektiver gestaltet werden. Bestehende Projekte leiden an Personal- und Ausstattungsmangel und haben ferner zu wenig finanzielle Unterstützung.

Resolution (Schildere die Lösung):

Es sollte mehr sogenannte „Streetworker“ (Sozialpädagogen/-innen) geben, damit sie auf freundschaftlicher Basis auch Hausbesuche machen und jugendbezogene Projekte leiten können. Dies muss mit einer verbesserten Einbindung und Sensibilisierung der Erziehungsberechtigten einhergehen.

Diejenigen (Jugendlichen), die sich sichtbar bemühen, sollen durch Fördermaßnahmen belohnt werden und somit Unterstützung bei der Besserung erhalten. Zum Beispiel können Ausrüstungen für Schul- oder Sportaktivitäten zur Verfügung gestellt und/oder freizeitleiche Unternehmungen gestartet werden.

Gemeinsame sportliche Aktivitäten sollen den betroffenen Jugendlichen, die sich kriminell bemerkbar gemacht haben, helfen, aus ihrer Lage herauszukommen, da der Sport verbindet und die Persönlichkeit stärkt. Hierbei sollte auf eine Verknüpfung mit den schulischen Leistungen geachtet werden. Ein gutes Beispiel dafür ist ein Projekt in Blumenthal. Dort darf man nur an den kostenlosen Sportangeboten teilnehmen, wenn man eine regelmäßige Unterrichtsteilnahme nachweisen kann. Man sollte sich an solchen bewährten Projekten orientieren und sie fördern.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Die Finanzierung dieser Projekte zur Prävention von Jugendkriminalität bedarf neben der Unterstützung (durch die Bremische) Bürgerschaft weiterer finanzieller Mittel. Diese Investition in die Zukunft darf nicht an der Finanzierung scheitern. Es sind viel mehr Umschichtungen gefragt.

(Zur) Erleichterung könnte man sowohl Sponsoren suchen als auch Rentner/-innen und engagierte Interessenten/-innen als Sozialpädagogen/-innen auf ehrenamtlicher Basis einsetzen.

#### **Ausschuss: Inneres**

##### **Resolution 16 „Aufstellung der Polizei zur Bekämpfung der Jugendkriminalität“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Aufgrund der personellen Unterbesetzung der Polizei und der (zunehmend) starken Härte der Strafdelikte ist zurzeit eine flächendeckende Polizeipräsenz im Land Bremen nicht mehr gegeben.

Auch die Polizei fordert schon seit Längerem eine Aufstockung der Kräfte an (sozialen) Brennpunkten (besonders abends, nachts und am Wochenende), um überforderte bzw. überlastete Polizeibeamtinnen/-beamte zu entlasten und eine effektivere Fahndung zu ermöglichen.

Resolution (Schildere die Lösung):

- A) Zur Lösung der vorherrschenden Probleme bedarf es einer Aufstockung der Anzahl der Polizeibeamten/-innen vor allem in den sozialen Brennpunkten mit hoher Kriminalitätsrate. (Zudem wird die Bildung) von speziellen Polizeieinsatzgruppen, wie z. B. „Flex“, die schon in Huchting Erfolge hatte und nun in Bremen-Nord ihren Sitz hat. (Sie nimmt konkrete) Inhalte zur Bekämpfung der Jugendkriminalität mit pädagogischen Schwerpunkten (wahr).

Es wäre sehr unterstützenswert, wenn vermehrt Beamte/Beamtinnen mit Migrationshintergrund eingesetzt werden und ihre Sprachkenntnisse wie kulturelle Herkunft gezielt zur Prävention von Jugendkriminalität (verwenden) würden.

- B) Durch die Installation von Scheinkameras und dem Hinweis auf eine Videoüberwachung sollen Straftaten reduziert (Einschüchterung potenzieller Täter/-innen) und somit die Polizei entlastet werden.

Mit Scheinkameras befriedigt man sowohl Befürworter/-innen der Videoüberwachung (...) als auch Datenschützer und (wahren) die Freiheitsrechte einer Person.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Durch Wiedereinführung des mittleren Dienstes, d. h. die Einstellung von Real- bzw. Hauptschülern/-innen in den Polizeidienst, würden aufgrund der aktuellen Tarifbestimmungen die Kosten des Landes Bremen nicht steigen, sondern möglicherweise gleich bleiben.

Zu A)

Eine Effektivitätssteigerung wäre auch durch Umschichtungen in nötigere Bereiche und die Zusammenlegung und Koppelung von Teilbereichen unterstützt.

Zu B)

Scheinkameras sind nicht echt, sie haben den Anschein der Echtheit. Somit (entstehen) keine großen Kosten, welche auch durch weniger Bürokratie umgegangen (werden könnten).

#### **Ausschuss: Integration/Migration/Soziales**

#### **Resolution 17 „Kooperation im Kindergarten“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

(Die) Kooperation zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und einheimischen Jugendlichen muss zukünftig verbessert werden. Durch fehlende Kommunikation, Missverständnissen der Kulturen und daraus entstandenen Vorurteilen haben sich Parallelgesellschaften mit verhärteten Fronten gebildet. Dieses Problem fängt bereits im Kindergarten an.

Resolution (Schildere die Lösung):

Bereits im Kindergarten muss darauf geachtet werden, dass Gruppenbildung vermieden und die deutsche Sprache (gesprochen) wird:

1. durch einen einheitlichen Rahmenplan für die Kindergärten, der die Kommunikation zwischen Einheimischen und Kindern mit Migrationshintergrund fördert. Der aufgestellte Rahmenplan soll die wichtige Rolle der deutschen Sprache für die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund im frühen Alter aufzeigen und der deutschen Sprache einen größerer (Stellen-)Wert bei der Erziehung bzw. beim Umgang mit den Kindern im Kindergarten einräumen.
2. Durch Sensibilisierung und Verpflichtung der Erzieher/-innen im Schwerpunktbereich des aufgestellten Rahmenplanes und dessen (verbindlicher) Umsetzung

(. . . soll) vermehrt die deutsche Sprache bei den Kindern mit Migrationshintergrund (gefordert und gefördert werden). Bei der Zusammensetzung von Kindergartengruppen soll zur Unterstützung des Erlernens der deutschen Sprache und zum Vermischen der Kulturen (auch [bei den] Eltern) die Vielfalt innerhalb der Gruppe größer sein. So entstehen sprachlich zusammenhängende (. . .) Gruppen.

Diese Fortbildung soll erreichen, dass festgestellte Mängel behoben und neue Denkansätze und Anregungen an die Erzieher/-innen vermittelt werden. Es sollen ferner gemeinsame Projekte und Aktionen stattfinden, wie z. B. im Bereich des Sports oder der (künstlerischen) Ebene (Theater, Malen, Musik). Um einen weiteren entscheidenden Erfolg zu gewährleisten, dürfen die Schwerpunkte des Kindergartens zur Einbindung der Kinder mit Migrationshintergrund in die deutsche Gesellschaft und die Förderung der Kinder nicht im Elternhaus aufhören. Somit müssen die Eltern für die Ziele gewonnen werden und aktiv an ihrer Umsetzung mitwirken.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Es entstehen neben vorhandenen Kosten keine nennenswerten Zusatzkosten. Es kommt zu einer Effektivitätssteigerung mit vorhandenen Mitteln.

#### **Ausschuss: Integration/Migration/Soziales**

##### **Resolution 18 „Unterstützung der Jugendarbeit“**

Problem (Beschreibe den Sachverhalt):

Aus Sicht Jugendlicher im Land Bremen gibt es das Problem, dass Jugendzentren zu wenig Geld bekommen. (Deshalb) werden pädagogische Stellen, die zur Jugendarbeit nötig sind, gestrichen und ein breit gefächertes Angebot für Jugendliche verhindert.

Des Weiteren gibt es zu wenig kostenlose Freizeit- und Lernangebote. Kinder sozialschwacher Familien haben somit kaum die Möglichkeit, an Angeboten teilzunehmen. Infolge dessen haben Jugendliche je nach Einkommen der Eltern unterschiedliche Bildungs- und Berufschancen. Aufgrund dieser Perspektivlosigkeit nutzen die Jugendlichen die Zeit nicht sinnvoll, verschlechtern sich in der Schule und können in die Kriminalität abrutschen.

Durch diese Mechanismen werden soziale Differenzen weiter verstärkt.

Resolution (Schildere die Lösung):

Wir schlagen vor, das Freizeit- und Nachhilfeangebot zu erweitern und die jeweiligen Stellen (. . .) zu besetzen. Damit Jugendliche über Angebote ausreichend informiert werden, sind genügend und kompetent ausgebildete Pädagogen/-innen anzustellen. Die Kooperation mit Sportvereinen und Schulen sollte gefördert werden. Somit könnten Sportaktivitäten verstärkt in der Schule angeboten werden. Schulen sollten verstärkt auf regionale Angebote, wie z. B. Sport oder kostenlose Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung, hinweisen. In besonderen Brennpunktstadtteilen sollte Antiaggressionstraining verstärkt angeboten werden. Dieses könnte dazu beitragen, die Gewalt unter Jugendlichen zu senken.

Aufgrund dessen glauben wir, dass der Jugendhilfeplan dafür geeignet ist, die Jugendlichen von der Straße ins „Freizi“ zu bekommen und ihr Potenzial auf kreative Weise zu nutzen und dadurch eine Alternative zu kriminellen Aktionen zu vermitteln sowie bei Personen mit Migrationshintergrund integrierend tätig zu werden.

Finanzierung (Woher kommt das benötigte Geld?):

Unabhängig der vorangegangenen Forderungen ist es unabdingbar, das Gesamtkontingent für Jugendarbeit um mindestens 700 000 € aufzustocken, um diese wenigstens wieder auf den Stand von 2000 zu bringen.

Wenn man vergangene Investitionen in den Space Park, bei der Fassadenpolitur Bremens, der Tourismusförderung oder in Teleskopschlagstöcke und Überwachungskameras der Polizei, welche eher Symptombekämpfung als Prävention betreibt, betrachtet, erscheint es uns sinnvoll, eher essenzielle Bereiche wie Jugendarbeit zu finanzieren.

Außerdem können die Räumlichkeiten der „Freizis“ in die ansonsten ungenutzten Räumlichkeiten der Schulen verlagert werden. Dabei bleiben die „Freizis“ aber unabhängig von den jeweiligen Schulen.